

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

1.9.1923 (No. 202)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachstelle Karlsruhe Nr. 3615.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. Reckert, Carl Ang, Seyfried, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe u. umwärts frei ins Haus geliefert für 1. u. 2. September 700 000 M. — Einzelnummer 120 000 M. — Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Geschäftsbriefe der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besorgt. Bei Anzeigen, zwangsweiser Verbreitung und Kontostandverfahren fällt der Absatz frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Nachsteuerung von Zündwaren und Leuchtmitteln

Der Reichsfinanzminister hat befohlen, daß die steuerpflichtigen Zündwaren (Zündhölzer und Zündspänpfänchen, ferner Zündhütchen aus Strohhalm, Papp- oder sonstigen Stoffen) und Leuchtmittel (elektr. Metallfadenslampen und Brenner zu Kerzlampe, Quecksilberdampf- und ähnliche Lampen, Glühlampen, Brennstoffe zu Wogenlampen), die sich am 1. September 1923 im freien Verkehr befinden und zur gewerbsmäßigen Veräußerung bestimmt sind, nachzuverkaufen sind. Wer am 1. September 1923 solche Zündwaren und Leuchtmittel im Gewahrsam hat, hat sie bis zum 6. September 1923 beim zuständigen Zollamt schriftlich oder mündlich anzumelden. Zündwaren und Leuchtmittel, die sich am 1. September 1923 unterwegs befinden, sind vom Empfänger anzumelden, sobald sie in seinen Gewahrsam gelangt sind. Alle nähere Auskunft, insbesondere auch über die Höhe der Nachsteuer, gibt auf Ansuchen die zuständige Zollstelle (Hauptzollamt, Zollamt).

Das Notprogramm des Reichswirtschaftsministers

In einer gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrats hielt am Freitag Reichswirtschaftsminister von Kaunert seine angekündigte programmatische Rede. Er stellte zunächst die Lage der deutschen Wirtschaft dar, welche infolge der völlig katastrophalen Lage der deutschen Wirtschaft erforderlich werden. Außerordentlich schwerwiegend, doch zu erwarten, war die Mitteilung des Ministers, daß eine Stilllegung der Notenpresse vor allem wegen der enormen Ausgaben für den Notkampf zurzeit nicht möglich ist. Trotzdem soll versucht werden, wertbeständige Zahlungsmittel zu schaffen. Allen Anschein nach stehen hierzu neue tiefgreifende Maßnahmen in Aussicht, die, solange die schwerste Wunde unserer Wirtschaft an der Ruhr klafft, nur Befehle zur Bekämpfung des Schlimmsten bleiben können. Trotzdem muß natürlich auch weiterhin finanzpolitisch alles geschehen, um Vorbereitungen und Grundlagen für die Sanierung der Wirtschaft zu schaffen. Der Errichtung einer unabhängigen Goldnotenbank stimmte der Minister zu. Der Reichswirtschaftsminister führte u. a. aus:

Wie ernst die Stunde ist, in der das Kabinett gebildet wurde, sehen Sie daran, daß sich in diesem Kabinett die breitesten Koalition zusammengekommen hat. Freilich war die allen innewohnende Erkenntnis, daß es jetzt um das Beste geht. Dieses ist das letzte Kabinett normaler Art. Parteiprinzipien, Theorien und ähnliche Dinge müssen vollkommen zurücktreten. Unser Wirtschaftskörper ist ein völlig kranker Organismus. Die Natur erhebt in einem kranken Organismus nur die lebenswichtigsten Teile, um den Organismus als solchen zu erhalten. Auch für uns kommt es heute allein darauf an, die lebenswichtigsten Organe zu erhalten, die verfallenden muß eine spätere Zeit ausheilen. Dazu sind schnellste Entschlüsse erforderlich. Wir haben nicht mehr die Zeit von Monaten und nicht von Wochen, wir haben höchstens noch die Zeit von Tagen. Die Wirtschaft steht unter der Signatur des katastrophalen Währungsverfalls. Die Mark hat sich seit dem Aufbruch um das 150fache verschlechtert. Jeder sucht — und zwar von seinem Standpunkt aus mit Recht — sich gegen die Folgen dieser Geldentwertung zu sichern. Das aber was gewonnen wird, sind nur Fiktionen, denn es steht ihnen keine entsprechende Gütervermehrung gegenüber. So wirken diese erhöhten Löhne und Preise nicht bereichernd, sondern sie wirken nur im Sinne einer vermehrten Inflation und einer weiteren Verminderung der Kaufkraft. Löhne und Warenpreise sind bei diesem Wellauf mit der Entwertung über die Goldparität und Weltmarktparität gesprungen. Dies gilt immer nur für einen gewissen Zeitpunkt. Der wogelauende Dollar bringt die Löhne und die Warenpreise einen Tag wieder unter die Parität, um sie am andern Tage weit darüber hinauszugehen zu lassen. Die Paritäten tanzen. Die Folge dieses Prozesses aber ist eine tiefgehende Destruktion der Wirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jeder hat nur den einen Gedanken des Schutzes vor Geldentwertung. Die positive Arbeit wird zurückgedrängt, und so sehen wir einen ganz erheblichen Rückgang der Leistungen auf allen Gebieten. Die Abhängigkeiten mindern sich täglich. Aufträge gehen kaum noch ein; was eingeht, sind Reparaturaufträge. Gleichzeitig besteht eine fürchterliche Betriebskapitalnot. Die Betriebe können die Löhne nicht mehr aufbringen. Gemessen etwa am 20. August haben sich die Löhne seit Ende Juni drei bis viermal schneller gesteigert, als die Markentwertung. Die einzige Möglichkeit, hier Wandel zu schaffen, wäre die Stilllegung der Notenpresse. Die Stilllegung der Notenpresse würde die Bilanzierung des Staats voraussetzen und diese ist nicht durchführbar, solange der Notkampf enorme Summen

verschlingt. Kein Steuerertrag ist imstande, dieses Loch auszufüllen. Deswegen kann man meines Erachtens heute noch nicht von der Finanzseite aus die Vorbereitung für eine Sanierung schaffen. Von der Finanzseite aus kann man heute nur die Grundlagen schaffen, die Vorbereitungen zu einer Sanierung für den Zeitpunkt, in dem man die Notenpresse stilllegen kann. Vor allem kann man heute schon an der Ausgabe Seite einsehen. Der Reichsfinanzminister Dr. Dillinger hat im Hauptauschuß des Reichstages gezeigt, wie an der Reichsseite heute alles hängt, nicht nur Länder- und Kommunalverträge, sondern auch die Rückzahlung der Privatbanknoten aus der Reichskasse zu geben. Hier werden Maßregeln von rigoröser Härte notwendig sein. Jede Wende muß darüber klar sein müssen, daß wir nicht in der Lage sind, so weiter zu wirtschaften, wie bisher. Bis zur Regelung der Finanzen, d. h. bis zur Stilllegung der Notenpresse, können wir meines Erachtens nur den Versuch machen, die Wirtschaft durch Befehle über Wasser zu halten.

Das Grundübel ist der Entwertungsdruck. Die Hauptfrage ist hierbei die: Wie schaffe ich wertbeständige Zahlungsmöglichkeiten, und zwar sowohl für den großen wie für den kleinen Verkehr? Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Lösung dieses Problems zu einer Frage der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird und daß demgegenüber die Bedenken wirtschaftlicher und prinzipieller Natur zurücktreten müssen. Berggegenwärtigen Sie sich, wie es in Wien ausfiel, als man eines Tages die Münze der Krone in den Läden verweigerte. Wenn so etwas bei uns eintritt, so sind Ruhe und Ordnung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Reichsbank hat begonnen, sich mit der Lösung dieses Problems zu befassen. Sie will Festmarkwechsel und Goldnoten einführen. Der Währungsaußschuß wird sich alsbald mit diesen Fragen befassen müssen. Die sogenannten Goldnoten würde ich mir etwas anders vorstellen. Ich möchte sie lieber „Devisennoten“ nennen. Es muß erreicht werden, daß sämtliche Devisen zwangsläufig an die Reichsbank fließen — und zwar im Interesse der Devisenbesitzer selbst —, so daß durch die Reichsbank der ganze Strom der Devisen hindurchgeht, was für die Möglichkeit der Beeinflussung des Devisenmarktes von wesentlicher Bedeutung ist. Das Normale wäre eine Goldnotenbank zu errichten, wie sie auch in Österreich geschaffen wurde. Bei der sich die Reichsbank nachgebilligt beizugehen könnte und die unter dem Schutze völliger Unabhängigkeit und völliger Trennung von den Reichsfinanz Goldnoten in den Verkehr bringen könnte. Ich würde von meiner Seite gegen eine gewisse Beteiligung internationalen Kapitals dabei durchaus keine Einwendungen haben, wobei die Hauptsache ist, daß wir über den toten Punkt hinwegkommen.

Die andere Frage, die uns hier beschäftigen wird, ist die Lösung der Inflation. Der Ernst der Lage werden Sie den Riffen entnehmen. Die Bevölkerung betragen: im Mai 614 Millionen Goldmark, im Juni 330 Millionen Goldmark, im Juli 105 Millionen Goldmark. Diese Zahlen charakterisieren die derzeitige Konjunktur- und Ausfuhrfähigkeit unserer Industrie. Auf die Bewegung der Löhne, der Kohlen- und Rohstoffpreise habe ich bereits hingewiesen. Dabei stehen wir vor den höchsten Notständen, die überhaupt eine Industrie der Welt zu überwinden hat. Von der Geldentwertung kann die Wirtschaft nicht mehr leben; diese ist erschöpft. Wir haben in der ersten Zeit von den Verlusten des Auslandes an unserer Mark gelebt, dann haben wir von dem Kapital unserer Rentner gelebt, darauf haben wir die Reserven unserer Wirtschaft selbst verbraucht. Weitere Reserven sind nicht mehr vorhanden.

Wie stellen sich nun die einzelnen Produktionsfaktoren? Wieviel Lohn steckt im Kilogramm Ware? Das ist der einzige Maßstab, der außerhalb der Grenzen bei der Ausfuhr zur Wirkung kommt und das ist aber auch die Grenze der Möglichkeit der Lohnzahlung. Prüfen Sie die Arbeitsleistung in Deutschland, so haben die Arbeiterleistungen die ungefähre Friedenshöhe wieder erreicht. In Betrieben, wo mechanische Verbesserungen vorgenommen worden sind, geht der Arbeitseffekt auch über den des Friedens hinaus. Bei den Zeitschienen aber finden wir in normalen Betriebsverhältnissen durchschnittlich nur noch 50 Prozent der Friedensleistung. In unserer heutigen Lage muß man es mit aller Deutlichkeit aussprechen: Welches Anrecht begehrt der Nichtarbeitende am Arbeitenden? Andere für sich arbeiten zu lassen.

Ein weiteres Hindernis der Produktivität ist die ungeheure Belastung mit unproduktiven Löhnen. Welches Personal ist heute nötig für die sich ständig ändernden Lohnrechnungen, für die Umrechnung der Aufträge in ungefähr 80 Werten, für die Erledigung der Außenhandelskontrollvorschriften. Eine Krissis löst sich nicht dadurch, daß sich das gesamte Niveau der Wirtschaft gleichmäßig hebt, sie löst sich nur durch die allmählich wiederkehrende Prosperität der einzelnen Betriebe und diese ist durch Überstunden an der richtigen Stelle zu erreichen. Wie wollen Sie bei den bestehenden Produktionsbedingungen Auslandsaufträge anders erhalten als indem Sie abgesehen von der Qualität durch die Schnelligkeit der Lieferung die Konkurrenz unterbieten? Die Promptheit der Lieferung steht aber voraus, daß ein Betrieb in der Lage ist, einen Auftrag durch Aufnahmemaßnahmen von Überstunden zu erledigen.

Nun zur Frage der Kohlen- und Rohstoffpreise: In Auswirkung des Indexes schnellten die Preise derartig hinauf, daß die zuletzt festgesetzten Preise den englischen Kohlenpreis um mehr als das Doppelte übersteigen. Das ist ein völlig perverter Zustand. Von der Kohle muß man verlangen, daß sie die Weltmarktparität nicht übersteigt. Wenn dies nicht allein durch eine Senkung des Kohlenpreises erreicht werden kann, muß im Notfall auch für einige Sonderbezirke die Kohlensteuer zeitweilig herabgesetzt werden.

Die Leipziger Messe war in ihrem Verkaufserfolg die schlechteste, die vielleicht je in Leipzig stattgefunden hat. Die österreichischen und tschechischen Waren, die ausgestellt waren,

lagen wesentlich unter dem deutschen Preisniveau. Das bedeutet, daß der ausländische Käufer in Leipzig tschechische und österreichische Waren gekauft hat und nicht deutsche. Außenhandels- und Ausfuhrabgabe sind Dinge wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Die Zeit des Verschleierns können ist vorbei. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß eine Markverflechtung heute nie mehr als Exportprämie wirken kann. Den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft habe ich schon vor der Revolution verfolgt. Ich bin überzeugt, daß die Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist, wenn die Weltgeschichte überhaupt einen Sinn hat, zu irgend einem Ergebnis führen muß, das uns fördert. Dieses Ergebnis kann nach meiner Ansicht nur sein die Herstellung der Volksgemeinschaft, die uns bisher fehlte. Die Bewährung der Klassenengefüge und Erweckung des Solidaritätsgefühls zwischen allen, die Schulter an Schulter in der Wirtschaft arbeiten. Gerade weil ich auf diesem Standpunkt stehe, werde ich alles tun, um die Mitarbeit des Arbeitnehmers an den allgemeinen Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik zu fördern.

In der anschließenden sehr eingehenden Generalauskunft ergab sich, wie der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zusammenfassend erklärte, Übereinstimmung darüber, daß so schnell wie möglich auf währungspolitischen Gebieten Maßnahmen ergriffen werden müssen, die den Endzweck verfolgen, an Stelle der heutigen Währung eine neue stabile Währung zu setzen, daß ferner die Außenhandelskontrolle und Ausfuhrabgabe nicht radikal beseitigt werden könne, vielmehr der Versuch gemacht werden solle, beschleunigter als bisher die Reform durchzuführen, die dem allgemein als richtig erkannten Prinzip einer vereinfachten Kontrolle näherkomme. Mit der Weiterberatung und Begutachtung dieses Problems werden sich im Laufe der nächsten Woche die entsprechenden Interkommissionen befassen.

Der Kampf gegen den Staat

Gegen die verhafteten Leiter der kommunistischen Bezirksorganisation von Berlin ist, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, vom Oberreichsanwalt ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Die Berliner Richtung erstrebt unter Führung des Russen Maslow, des Landtagsabgeordneten des Systems und der Frau Ruth Fischer die gewaltsame Beseitigung der Staatsform. Diesem Zweck sollen als Machtmittel die proletarischen Hundertschaften und als Organe gewisse Betriebsorganisationen und Kontrollausschüsse dienen, gegen die von der preussischen Regierung mit einem Verbot eingeschritten worden ist.

Die Staatsgewalt ist entschlossen, dem kommunistischen Angriff alle Machtmittel der Abwehr entgegenzustellen. Erschwert wird dieser Abwehrkampf durch die Haltung der rechtsgerichteten Opposition. Die deutschnationale Volkspartei hat neuerdings — offenbar aus Konkurrenzrücksichten gegenüber der rechtsradikalen deutschvölkischen Gruppe — unter Führung der Abgeordneten Herzog, Helfferich, Schiele und Dr. Reichert ein „Aktionsprogramm“ beschlossen, das an verantwortungsloser Demagogie kaum zu überbieten ist und dazu beitragen muß, die Staatsautorität zu schwächen. Während die preussische Regierung gegen den „proletarischen Selbsthau“ einschreitet, wird von der deutschnationalen Volkspartei ein gefährliches Mittel der „Selbsthilfe“ empfohlen, was in seiner Wirkung einer Aufforderung zu Bürgerkriegsdriftungen gleichkommen muß. Der ebenso fürchte wie inhaltslose Ruf nach einer „Diktatur“ wird in folgender Form erhoben:

„Angesichts der Abhängigkeit des Parlaments von Massenstimmungen und der Ungeeignetheit des heutigen Kabinetts zu einer kraftvollen Politik muß in diesen Zeiten der Not eine Stelle mit außerordentlichen Machtvollkommenheiten betraut werden, die unabhängig vom Druck der Straße, der Parteien und Parteikoalitionen die zur Rettung der Ehre und Zukunft unseres Volkes erforderlichen Schritte tun kann. Sollte das Parlament die Übertragung solcher Vollmachten verweigern, so ist die Entscheidung des Volkes herbeizuführen.“

Das ist eine Formulierung, hinter der nichts steht als der Wunsch, der herrschenden Gedankenlosigkeit einen möglichst impopulären Ausdruck zu verleihen. Es fehlt jede Andeutung, was denn der „Diktator“ tun soll, der nach Jahr und Tag eingeseht werden soll. Denn die Herren Herzog, Helfferich und Genossen sind vorzüglich genau, ihre „Diktatur“-Forderung querit an das Parlament zu richten und dann erst den Weg des Volksschlechts in Aussicht zu nehmen, dessen Beschreitung viele Monate erfordert. Was das für eine Volksbefragung sein soll, ist auch nicht leicht zu erkennen. Denn die Meinungen, wie ein „Diktator“ aussehen soll und was er zu machen hat, sind ungezählt so zahlreich, wie die Stammtische im Deutschen Reich. Das ein „Diktator“ mit deutschnationalen Rezepten die Volksmehrheit für sich gewinnen könnte, ist übrigens ganz ausgeschlossen. Die ganze Geschichte mit der Diktatur ist nichts als ein Versuch, der deutschvölkischen „Straße“ zu schmeicheln.

Auf der gleichen Höhe steht das außenpolitische Programm, das der französischen Gewaltpolitik mit leeren Drohungen begegnen will. Auch hier zeigt sich eine Abhängigkeit von der „Straße“, die dem Staatsgedanken den schwersten Schuß zufügen muß. Wenn wirklich die Herren Herzog und Helfferich die für die Unterlassungssünden des Kabinetts Cuno die Hauptverantwortung trifft, an Ruben wären, sie würden sich wohl hüten, „Bergeltungsmassregeln“ gegen einen Feind zu ergreifen, der jeden solchen Versuch hundertfach verläßt zu erwidern imstande ist. Als Folgerung aus der Tatsache, daß Frankreich und Belgien den Versailles Vertrag gebrochen hätten, wird die Behauptung aufgestellt, daß „nunmehr der Weg zur Befreiung des deutschen Volkes frei sei“. Auch das ist ein Politik, deren Verwirklichung gleichbedeutend wäre mit der Aufteilung des Deutschen Reichs unter die bis an die Zähne gerüsteten Nachbarstaaten.

Charakterisiert wird das sogenannte „Aktionsprogramm“, das die Wahrheit nur ein Agitationsprogramm darstellt, durch die einleitende Ankündigung einer prinzipiellen Oppositionsstellung, die für eine „entschlossene nationale Partei“ die einzige wahrhaft staatsverhaltende, staatsverteidigende Einstellung sei. In Wahrheit bedeutet diese Opposition angesichts der furchtbaren Lage des Reichs die Preisgabe der Staatsinteressen zugunsten parteipolitischer Zwecke, deren Früchte aber unter keinen Umständen die gemalten Strategen Herzog und Helfferich ernten werden, sondern die offenen Gegner des Staats, die mit Gewalt ihre Ziele verfolgen. Herzog und Helfferich arbeiten nicht wie sie glauben, für eine Diktatur Herzog-Helfferich, sondern für die „Arbeiter- und Bauernregierung“ Ruth Fischer-Max Holz — Adolf Hitler-Reventlow, hinter der schon die härtere Richtung der kommunistischen Arbeiterpartei und der Anarchosyndikalisten als weitere Erben stehen.

Die dem Reichskanzler Dr. Stresemann nahestehende völksparteiliche „Berliner Zeit“ schreibt unter der Überschrift: „Etwas von Steuer- und sonstiger Moral“ u. a.:

Man hätte von den Deutschnationalen angesichts des ungeheuren Entsetzes, der auf allen Seelen lastet, erwarten dürfen, daß ihr Gedächtnis nicht gar so kurz sein würde. Herr Herzog hatte im Reichstage nicht nur für sich, sondern für seine ganze Partei vollste und rückhaltlose Zustimmung zu den Steuererlassen ausgesprochen, und der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Oberfahren hat namens sämtlicher bürgerlichen Parteien um einstimmige Annahme der vom Steuerauschuß angenommenen Gesetze gebeten. Daran gibt es kein Drehen und Deuteln. Wenn jetzt der Kommersche Landbund z. B. wild geworden ist und offen zur Nichtbezahlung der Steuern auffordert, so hätte man von der oft gerühmten Vaterlandsliebe der Deutschnationalen Volkspartei und ihren Führern eine sofortige und kräftige Zurückweisung eines solchen mit parlamentarischen Ausdrücken kaum zu kennzeichnenden Verhaltens gewünscht. Statt dessen kommen die Führer der Deutschnationalen Volkspartei mit ihrem sogenannten Aktionsprogramm in die Öffentlichkeit, worin sie trotz aller Abkennungsversuche verblüht auf den Pfaden des Kommerschen Landbundes wandeln und mit ihrem Ruf nach dem Diktator eine tiefe Verbeugung vor der Strafe machen, was sie den anderen Parteien vormerken. Das ist Bemäntelung der Steuerflucht, der Nachweis der tiefschwarzen Steuermoral.

Seit einiger Zeit sind die Rechnungen auf die Goldanleihe im Ganzen. Wir bemerken immer noch Veröffentlichungen über starke Rechnungen aus den führenden und kapitalstärksten Kreisen von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Man sollte meinen, daß gerade in jenen Kreisen, die sich vor knapp drei Wochen über den ungeheuren Ernst der Lage vollkommene Klarheit und die Überzeugung von der Notwendigkeit entschlossener Handlung und von der weiteren Notwendigkeit, selbst und freiwillig große Opfer zu bringen, heute ebenso vorhanden ist wie damals. Diese Überzeugung müßte sich darin äußern, daß alle diese Kreise durch hohe Rechnungen der übrigen Welt ein Beispiel gäben und zugleich das Vertrauen in den Fortbestand des Reichs und damit auch in die Sicherheit der Goldanleihe stärken. Leider scheint es auch hier mit der Moral und Vaterlandsliebe nicht allzuweit her zu sein, denn jeder nimmt an, daß der andere schon das Seine tun werde. Es ist höchste Zeit, daß auch hier sich jeder Klar wird, daß es mit der Steuer- und sonstigen Drückerei nicht mehr weiter geht.

Der völksparteiliche Ausschuß der bayerischen Landesbauernkammer hat auf Antrag des ersten Präsidenten Hrn. Dr. Helm in einem Aufruf gegen die durch die letzten Reichstagsbeschlüsse eingeleitete Steuererhöhung Front gemacht, die brutal, ungerecht und verhängnisvoll für das deutsche Volk als Schicksal genannt wird. Die bayerische Staatsregierung und der Landtag werden ersucht, der „aberrichtigen Steuerpolitik“ des Reichs mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten, da die Steuererhöhung, das Steuerzinsgesetz und die Strafbestimmungen unerträglich seien. Der Ausschuß beschloß, Deputationen zum Reichspräsidenten und Reichskanzler zu entsenden.

Dieser Kampf der bayerischen Bauern wird um so weniger verständlich sein, als wenige Tage, nachdem in Mittenwald Dr. Stresemann den Eindruck gewinnen mußte, daß Bayern gewillt ist, mit der neuen Reichsregierung eintätig zu arbeiten, und wenn man bedenkt, daß diese Steuererhöhung ja noch von der verflochtenen Reichsregierung eingebracht sind.

Der italienisch-griechische Konflikt

Corfu von den Italienern besetzt

Die Italiener haben am Freitag die griechische Insel Corfu besetzt. Ein italienischer Torpedobootscharführer erschien vor Corfu und der Kommandant forderte die griechische Besatzung zur Übergabe auf. Bald darauf ging ein Geschwader italienischer Kriegsschiffe vor der Insel vor Anker.

In Paris rief die Nachricht Entrüstung und Bestürzung hervor. Die italienische Regierung veröffentlichte eine Note, in der sie die Besetzung Corfus als vorläufige Maßnahme bezeichnet, die dazu bestimmt sei, einen Druck auf Griechenland auszuüben. Das „Giornale d'Italia“ schreibt zu der Besetzung der Insel, es handle sich nicht um einen feindseligen Akt im Sinne des internationalen Rechts, sondern nur um eine Pfandnahme zur Garantierung der italienischen Forderungen. Es würde mit Griechenland kein Krieg geführt, sondern nur der Rechtsverletzung einer Großmacht begegnet. Einer weiteren Wärmemeldung aus Rom zufolge, sind auf Befehl der italienischen Regierung sämtliche Schiffsverbindungen zwischen Italien und Griechenland unterbrochen worden.

Die griechische Antwort auf das Ultimatum

Die griechische Antwortnote auf das italienische Ultimatum wurde der italienischen Gesandtschaft in Athen übergeben. Die Note erklärt, die griechische Regierung betrachte die in der italienischen Note enthaltene Behauptung der italienischen Regierung für ungerecht, nach welcher sich die griechische Regierung einer schweren Verletzung Italiens schuldig mache. Es sei der griechischen Regierung unmöglich, die Forderungen der italienischen Forderungen anzunehmen, die einen Angriff auf die Ehre der Souveränität des Staates bedeuten. Da die griechische Regierung in Betracht zieht, daß das Ultimatum auf griechischem Boden begangen wurde, erklärt sie folgendes anzunehmen:

1. Die griechische Regierung wird der italienischen Regierung in ausführlichster amtlicher Form ihr Bedauern aussprechen.
2. Die griechische Regierung werde einen Trauergottesdienst für die Opfer in der Athener katholischen Kirche abhalten lassen, dem alle Regierungsmitglieder beiwohnen werden.
3. Am gleichen Tage würden der italienischen Flotte Ehrenbezeugungen in der folgenden Weise erwiesen werden: Eine Abteilung der Athener Garnison werde sich zur italienischen

Gesandtschaft begeben, um die italienische Flotte durch die Erweisung der herkömmlichen Ehrenbezeugungen zu grüßen. 4. Militärische Ehrenbezeugungen sollen in aller Feierlichkeit den Opfern in dem Augenblick der Überführung der Leichen an Bord eines italienischen Schiffes erwiesen werden.

Die griechische Regierung ist außerdem geneigt, den Familien der Opfer aus Billigkeit eine gerechte Entschädigung zu bewilligen. Die griechische Regierung hofft, so schließlich die Note, daß die italienische Regierung den Standpunkt anerkennen werde, wie den versöhnlichen Geist und den lebhaften Wunsch der griechischen Regierung, die italienische Regierung in gerechter Weise zufriedenzustellen.

Die „Voss. Zig.“ meldet aus Rom, daß dort an maßgebender Stelle erklärt worden sei, die italienische Regierung sehe die griechische Note als unbefriedigend an und werde sie ablehnen. Die in Aussicht genommenen italienischen Maßnahmen würden demzufolge dann ihren Lauf nehmen.

Meldungen aus Rom wollen wissen, daß sich die griechische Regierung sofort nach Empfang der italienischen Note an die englische Regierung mit der Bitte gewandt habe, bei Italien für Milderung der Forderungen einzutreten, besonders insofern, als sie den Grundsatz der griechischen Souveränität im eigenen Lande verletzen. Nach den aus London gemeldeten Informationen hat es jedoch die englische Regierung entschieden abgelehnt, der griechischen Bitte um Intervention nachzukommen.

Politische Neuigkeiten

Deutschlands Vertretung in Paris

Gegenüber Nachrichten der ausländischen Presse, daß die Reichsregierung den Pariser Vorkämpferposten deunntschigt wieder besetzen wolle, löst die „D. A. Z.“ von zuständiger Stelle, daß nach Meinung der Reichsregierung keine Veranlassung vorliege, dieser Frage jetzt näherzutreten, und daß Kombinationen, die man im Ausland an solche Gerüchte in bezug auf das Verhältnis zu Frankreich geknüpft habe, hinfällig seien.

Pariser Blättern zufolge wird im Pariser Ministerium des Äußeren verhandelt, die deutsche Regierung habe sich jetzt nicht um das Abgemacht für die Ernennung eines neuen deutschen Vorkämpfers in Paris nachgedacht. Auch für die anderen Gerüchte einer entgegenkommenden Haltung Deutschlands liege hier keine Veranlassung vor. Der „Temps“ verweist im Leitartikel nachzuweisen, daß Stresemann sich auf England stützen wolle, um den Widerstand im Ruhrgebiet fortzusetzen.

Der passive Widerstand

Die „Frankf. Zig.“ meldet zu den Gerüchten über eine angebliche Krisis des passiven Widerstandes aus Köln u. a. folgendes: Die aus Berlin herrührenden Meldungen, die auf eine inhaltsschwerere Wendung in der Politik des passiven Widerstandes hindeuten, haben eine gewisse Korrektur erfahren. Auf der einen Seite sind die Darlegungen des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ über die unter gewissen Voraussetzungen bestehende Bereitschaft der Bevölkerung des Ruhrgebietes zur Einstellung des Widerstandes allen Anzeichen nach nicht so aufzufassen, als ob sich in dieser Frage ein Gegensatz zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der der Gewerkschaften herausgebildet hätte; andererseits sind über die Unterhaltung der Regierung mit Vertretern der Wirtschaftskreise des besetzten Gebietes Aufklärungen hier eingetroffen, die von den überraschenden Behauptungen der „Grenz-Korrespondenz“ nicht mehr viel übrig lassen. Wichtig, daß die neue Regierung das Bedürfnis empfunden hat, sich mit den Wirtschaftsführern des Rheinlandes und Westfalens über die Politik des Ruhrkampfes und die Wirtschaftslage des besetzten Gebietes auszusprechen. In diesen Verhandlungen — die fortgesetzt werden sollen — ist am letzten Montag u. a. auch die Frage einer eventuellen Benutzung der Regiezüge für deutsche Lebensmitteltransporte angesprochen worden, ohne daß die deutschen Delegierten in der Lage gewesen wären, in dieser Frage ein Abgehen der deutschen Stellen von ihrer bisherigen, unbedingt ablehnenden Haltung in Aussicht zu stellen. Im Einlaß mit dieser Haltung ist bei der Aussprache, die am Tage danach in Berlin zwischen der Reichsregierung und den Wirtschaftsvertretern des besetzten Gebietes stattfand, nach der inzwischen ergangenen Erklärung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete die Benutzung der Regiezüge für Lebensmitteltransporte von keiner Seite empfohlen worden; die Meldung, die sogar von einer zwischen der Regierung und den Wirtschaftsvertretern getroffenen Vereinbarung über die Benutzung der Regiezüge zu berichten wußte, ist danach positiv falsch.

Trier, 31. Aug. Im Bezirk Trier treffen die Franzosen in den Hochwaldgebieten umfassende Maßnahmen zur Abholzung der deutschen Staatswälder. In nächster Zeit werden nach Hermsdorf ein französischer Oberförster und 40 Förster überwiesen. Zurzeit sind 500 italienische Waldarbeiter mit dem Schlagen und Aufbereiten des Holzes beschäftigt sein.

München-Gladbach, 31. Aug. Aus Anlaß der Ausschreitungen gelegentlich der Versammlung der Vertreter am letzten Sonntag wurden von der Besatzungsbehörde folgende Herren ausgewiesen: Oberbürgermeister Wielen, Beigeordneter Fins, der leitende Inspektor Rennard, der Polizeikommissar Frenn sowie Dr. Otto Müller und der Gewerkschaftssekretär Travinitsky von den Christlichen Gewerkschaften. München-Gladbach liegt in der belagerten Besatzungszone, so daß man beinahe glauben könnte, diesmal trage die Pariser Regierung an den unverständlichen Maßnahmen keine Verantwortung. Und doch! Mögen die Erklärungen des Duai d'Orsay, es würden wegen der München-Gladbacher Vorgänge keine „Sanktionen“ ergriffen, noch so ecklich geklungen haben, so sagten sie nur selbstverständlich, denn Frankreich konnte offiziell keine „Sanktionen“ verhängen. Dafür hat der belgische „Junge Mann“ den Auftrag der Pariser Meister ausgeführt. Ob nun Belgien verantwortlich zeichnet — die treibende Kraft ist Frankreich.

Der Konflikt in der Reichsbank

In dem Prozeß der Reichsbank gegen den Betriebsrat Großmann fällt das Berliner Gericht folgenden Spruch: Der Betriebsrat hat sich zwar Verfehlungen gegen seine Dienstpflicht zu Schulden kommen lassen, aber in beiden in Betracht kommenden Fällen sind die Verfehlungen nicht so wichtig, um die fristlose Kündigung zu rechtfertigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Abweisung der Stellungsanträge. — Großmann hätte weder in der Druckerei der Reichsbank, die den Plakatdruck für das Reichsbankdirektorium in Auftrag hatte, verboten, noch hätte er den Präsidenten Habenstein die Auforderung der Organisationen zum Austritt überbringen dürfen. Wenn hiernach auch der Standpunkt der Reichsbank objektiv gerechtfertigt sei, so müßte gleichwohl die Klage der Reichsbank abgewiesen werden, denn es seien sehr erregte Zeiten gewesen und der Betriebsratsvorsitzende Großmann habe deshalb der Ansicht sein können, daß sein Vorgehen den Betrieb der Reichsbank vor Erschütterungen bewahren würde und deshalb objektiv gerechtfertigt sei. Allerdings sei das Gericht nur nach erheblichem Zaudern zu seinem Urteil gekommen.

Durch dieses Gerichtsurteil erledigt sich eigentlich der seit über vierzehn Tage schwebende Konflikt in der Reichsbank von selbst. Da das Direktorium erklärt hat, daß es die Entscheidung des Landgerichts annehmen werde, wird die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden hinfällig und die von den Angestellten und den Rotendruckern beschlossenen Maßnahmen werden jetzt aller Voraussicht nach wohl gleichfalls nicht zur Durchführung gelangen.

Wie das „Berliner Tagblatt“ erfahren will, dürfte der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten von Habenstein und des Vizepräsidenten von Glasenapp als sicher angesehen werden. Glasenapp sowohl wie von Habenstein dürften in kurzer Zeit auf Urlaub gehen, von dem sie nicht mehr auf ihren Posten zurückkehren werden.

Die Beamtenbesoldung

Der Deutsche Beamtenbund wendet sich in einer Erklärung gegen die übertriebenen Vorwürfe, die in der öffentlichen Diskussion über die Besoldungspolitik der Finanzverwaltung gegen die Beamtenbesoldung erhoben worden sind. Die Abwehr des Beamtenbundes gilt vor allem den unberechtigten Verallgemeinerungen, deren sich ein Teil der Öffentlichkeit bei diesen Erörterungen schuldig gemacht hat, wenn man die Beamten in Bezug auf Besoldung entgegengesetzte Spekulationen begeht. Es müßte auch, wie die Zahlen darthun, gegenüber dem Fiskus, den Widerspruch der Beamtenbesoldung hervorgerufen, wenn in allen Tonarten von einem Übermaß der Beamtenbesoldung gesprochen werde.

Eine Berechnung der Beamtenbezüge (so führt die Erklärung hierzu aus) nach dem für die Zahlungsstadien ermittelten Reichsindex der Lebenshaltung ergibt für den ledigen Beamten der Ortsklasse A im Monat August folgendes Realeinkommen (in Millionen): in Gruppe III Stufe 1 (Schaffner) 70,88 Mark, Gruppe VII Stufe 1 (Obersekretär) 116,18 Mark, Gruppe XI Stufe 1 (Oberregierungsrat) 188,54 Mark. Diese Zahlen dürften ohne weiteres erkennen lassen, was es mit dem „Übermaß“ der Beamtenbezüge auf sich hat. In Wirklichkeit ist das Realeinkommen, wie die Zahlen darthun, gegenüber dem Fiskus, den Widerspruch der Beamtenbesoldung hervorgerufen, wenn in allen Tonarten von einem Übermaß der Beamtenbesoldung gesprochen werde. Eine Berechnung der Beamtenbezüge (so führt die Erklärung hierzu aus) nach dem für die Zahlungsstadien ermittelten Reichsindex der Lebenshaltung ergibt für den ledigen Beamten der Ortsklasse A im Monat August folgendes Realeinkommen (in Millionen): in Gruppe III Stufe 1 (Schaffner) 70,88 Mark, Gruppe VII Stufe 1 (Obersekretär) 116,18 Mark, Gruppe XI Stufe 1 (Oberregierungsrat) 188,54 Mark. Diese Zahlen dürften ohne weiteres erkennen lassen, was es mit dem „Übermaß“ der Beamtenbezüge auf sich hat. In Wirklichkeit ist das Realeinkommen, wie die Zahlen darthun, gegenüber dem Fiskus, den Widerspruch der Beamtenbesoldung hervorgerufen, wenn in allen Tonarten von einem Übermaß der Beamtenbesoldung gesprochen werde. Gleichwohl würden die Beamten die letzten sein, die, wenn es sich darum handelt, in einer Zeit höchster Not allgemeine Opfer zu bringen, sich einer sachlichen Aussprache über solche auch ihrerseits zu bringenden Opfer widersetzen würden. Allerdings müßten sie die Sicherheit haben, daß alle Vorkämpfer gleichermäßen zu dem Rettungswerk herangezogen würden. Die Vorauszahlung der Beamtengehälter beruht auf einem wohlverworbenen gleichmäßig gewährleisteten und durch die Verfassung gestützten Recht der Beamten. In normalen Zeiten hätten die vierteljährlichen Gehaltszahlungen nicht nur Vorteile für die Beamten, sondern, wegen der Entlastung der Zahlungsstellen, auch für die Allgemeinheit mit sich gebracht. Die Beamtenbesoldung würde sich nicht widersetzen, wenn in den gegenwärtigen anormalen Verhältnissen die Zahlungsweise der Beamtengehälter im Zusammenhang mit dem Problem der Inflationsabfederung sachlich behandelt werde. Mit der Lösung des Problems der Wertpapierabgabe würde die Frage der Vierteljahrszahlungen überhaupt gegenstandslos werden. An der Lösung dieser Frage positiv mitzuwirken, sei die Beamtenbesoldung gerne bereit. Zu diesem Zweck aber ersuche es dringend gebeten, von den leidenschaftlichen Erörterungen auf einen rein sachlichen Boden zurückzuführen.

Die „Voss. Zig.“ untersucht die Frage, ob der einzelne Beamte unterverhältnismäßig hoch bezahlt sei, wie verschiedentlich behauptet wird. Das kann im Ernst nicht gelagt werden, wenn auch zugegeben sei, daß es Schichten des Mittelstandes gibt, die noch unergieblicher viel tiefer herabgedrückt worden sind. Nach einer Berechnung, die auf Grund eines Dollarkontostandes von 7,5 Millionen aufgestellt ist, ergibt sich folgendes Verhältnis: Ein beehrter Beamter in Berlin ohne Kinder bezieht heute in der ersten Gehaltsstufe einschließlich aller Zuschläge 39,10 bis 60 Goldmark gegen 140—156 im Frieden. In der zweiten Stufe 42—56 Goldmark gegen 148—190. Noch wesentlich ungünstiger ist das Verhältnis in den oberen Schichten. Ein Ministerialrat stellt sich auf 157 1/2—208 Goldmark gegen 725—1100. Ein Ministerialdirektor auf 276—361 Mark gegen 1140—1515. Von den Einzelgehältern sei das des Staatssekretärs erwähnt, der im Frieden 1840 bezog und dessen Einkommen jetzt auf 301 geschätzt wird. Der preussische Ministerpräsident bezog im Frieden 4600 Mark, heute beträgt sein Einkommen 522 Goldmark. Seine Repräsentationsgehälter betragen früher 1500 Mark, heute 9,80. Diesem Vergleich ist, wie bemerkt, ein Dollarkontostand von 7,5 Millionen zugrunde gelegt, der heute bereits weit überholt ist.

Der Kurs in Sachsen

Die „D. Allg. Zig.“ meldet aus Dresden, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Wels, und auch an leitender Stelle stehende Persönlichkeiten in Dresden weichen, zu einer Konferenz mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Reizner und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Man hat nach den Wätern Dr. Reizner nicht im Zweifel darüber gelassen, daß der kommunistische Kurs in Sachsen aufhören müsse, da ein erprobliches Arbeit der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts dadurch unmöglich gemacht werde. Dr. Reizner habe darauf bindende Zusicherungen gegeben, daß in Sachen eine Änderung eintreten werde. So werde er seinen von den Kommunisten geforderten Kampf gegen den Reichswehrminister Dr. Gehler aufgeben. Ferner habe die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, der kommunistischen Forderung auf sofortige Einberufung des Landtags ihre Unterstützung zu verweigern.

Kurze Nachrichten

Ausführungsbestimmungen zur Besoldungsverordnung. Zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. August 1923 sind Ausführungsbestimmungen erschienen, die sich u. a. mit der Höhe der Ablieferungsfrist, den abzuliefernden Vermögensgegenständen, die Art der Ablieferung und Entrichtung des Gegenwerts beschäftigen und Bestimmungen darüber bringen, die die Geheimhaltung der Verhältnisse der Ablieferungsfrist sichern und Zuwiderhandlungen gegen die Erhebung verhängen sollen.

Für Aufhebung der Kohlensteuer. Nachdem Reichsfinanzminister Hilferding ein Gutachten des Reichskohlenrats über die Frage der Zweckmäßigkeit der Aufhebung der Reichskohlensteuer erbeten hatte, hat sich der Steuerauschuß des Reichskohlenrats mit 10 gegen 2 Stimmen für die sofortige Aufhebung ausgesprochen.

Der deutsche Juristentag, der in der Zeit vom 11. bis 13. September d. J. in Berlin stattfinden sollte, wurde wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage abgesetzt.

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei wird am 22. September in Berlin zusammengetreten. Als Beratungsgegenstände sind vorläufig in Aussicht genommen: Die politische Lage und der Kabinetswechsel, der Aufrüstungskampf, die Reichsfinanzlage, die neuen Steuern und die endgültige Steuerreform.

Neue Freimarke. Als Überdruckmarken werden nunmehr auch folgende Marken verwendet werden: Die Freimarke zu 40 Pf. (Höfnerausgabe) für 5000 M., die Freimarke zu 10 M. (Landarbeiter) für 30 000 M., zu 40 M. (Landarbeiter) für 15 000 M., zu 1000 M. (Buchdruck, kleines Format, in grüner Farbe) für 75 000 M. Ferner stellt die Reichsdruckerei eine Freimarke zu 100 000 M. in Offsetdruck in roter Farbe und in Bogen zu 50 Stück nach dem Entwurf von Haas, große Form, her.

Betriebsstilllegung in Kaiserlautern. Am 21. d. M. hat in der Pfalz eine Reihe von Betrieben der Metallindustrie ihre Betriebe stillgelegt. Für die laufende Woche beträgt der Stundelohn in der Metallindustrie in Kaiserlautern 870 000 M.

Feindfeindwahn des früheren Kronprinzen. Die Reichsregierung ist davon unterrichtet worden, daß der ehemalige deutsche Kronprinz die Absicht hat, aus Holland nach Deutschland zurückzukehren. Die Nachricht ausländischer Blätter, daß er bereits um die Erlaubnis zur Rückkehr in seine Heimat angeht, ist jedoch unrichtig.

Die 26. Tagung des Völkerbundes wurde am Freitag in Genf unter Vorsitz des japanischen Vizepräsidenten eröffnet.

Ernennung eines Passagierführers in Triest. In Triest wurde der Sekretär der Passagierpartei, Morara, von einem gewissen in Venedig geborenen Joseph Sollaroli durch fünf Revolvergeschosse getötet. Der Täter, der verhaftet ist, erklärt, die Tat aus Rache begangen zu haben, weil Morara ihm ein versprochenes Schauffeurverbot nicht beschafft hatte. Alle Geschäfte und öffentliche Botschaften in Triest sind geschlossen. Von den Säulern weht die schwarz umflorte Tricolore. Patrouillen von Schwarzhäuten durchziehen die Straßen. Morara war ein Jugendfreund Mussolinis.

Die Entscheidung über Fiume. Nach Nachrichten aus Belgrad ist die jugoslawische Antwort auf die italienischen Vorschläge verständlich und entgegenkommend. Jugoslawien verlangt die definitive Übergabe des Hafens von Vares am fünften Tag nach erfolgtem Einvernehmen. Sollten die Verhandlungen innerhalb eines Jahres erfolglos bleiben, so müsse die vertraglich bereits vorgezeichnete Entscheidung durch Schiedsrichter folgen.

Die spanische Regierung ist zurückgetreten, nachdem es im Ministerrat zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten wegen der Vorkämpfe in Maroffo gekommen war.

Poincaré der Redebühne. Wie der Pariser Matin mitteilt, wird Poincaré, der am Sonntag nach Créquier geht, im Verlaufe seiner Reise nicht weniger als zwölfmal das Wort ergreifen, da alle die Keimen Nachbarstädte von Créquier vom dem Ministerpräsidenten auf ihren Wunsch besucht werden. In Créquier wird der Ministerpräsident aus Anlaß der Jahrhundertfeier für Renan sprechen.

Badische Uebersicht Aus dem besetzten Gebiet

DZ. Offenburg, 31. Aug. Bankrat Nießtrath und Kassier Stall an der hiesigen Reichsbank wurden am 28. abends verhaftet. Die Reichsbank war an diesem Tage von morgens bis abends von französischen Kriminalbeamten besetzt. Auszahlungen durften keine erfolgen. Privatleute, die Reichsbanknoten (50 und 100 Millionen) abliefern wollten, mußten Paß und Geldscheine abgeben. Das Bankgebäude ist jetzt militärisch besetzt. Die Verhafteten befinden sich unter militärischer Bewachung im Gasthaus zu den Drei Königen.

Die Besatzungsbehörde läßt in den hiesigen Zeitungen bekanntgeben, daß die Interalliierte Rheinlandskommission die Gültigkeit der Reichsbanknoten verboten hat. Die Verwendung solcher Geldscheine zieht Strafen nach sich.

Der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg Hoyer, hat die Forderung der Franzosen verweigert, Gefängnisstrafe in Randau verbüßt und befindet sich, wie man hört, im unbesetzten Gebiet. Bürgermeister Dr. Wührer, der wegen der gleichen Sache von den Franzosen verhaftet aber alsbald wieder freigelassen wurde, hat sich zum Bürgermeister der Stadt Pforsheim wählen lassen.

*** Offenburg, 31. Aug.** Ausgewiesen wurden die Stellvertreter Walz, Stöcker und Huber mit insgesamt 16 Familienangehörigen, weil sie die Pachtgelder für ihr reichsdeutsches Grasland nicht an die Franzosen auszahlen wollten.

Deutsche Musik im fernen Osten.

Aus Tokio wird uns geschrieben:

Vor dem Kriege war es ein seltsames, aber um so mehr geschätztes Vergnügen, deutsche Musik in Japan und im fernen Osten überhaupt zu hören. Am noch viel freudiger wird aber jetzt der Unternehmungsgeist eines Künstlers vom Range Willi Burmeister ers begünstigt, der den Deutschen hier draußen den musikalischen Fremden, dem japanischen Publikum aber vor allem, deutsche Musik vor Augen und Ohren führte und alle, die ihn hörten, in Begeisterung versetzte.

Europäische Musik wird hier an der Kaiserlichen Hochschule für Musik von drei ausgezeichneten deutschen Musikern und japanischen Lehrkräften gelehrt, außerdem sind in Tokio eine ganze Reihe freier Lehrer tätig. Bis zum Kriege war das Interesse in Japan für westliche Musik noch nicht sehr entwickelt. Inzwischen ist aber eine große Veränderung eingetreten. Wer nach der Unterbrechung der Kriegsjahre wieder nach Japan kommt, ist erstaunt zu sehen, welche Fortschritte das Verständnis für europäische Musik beim japanischen Publikum gemacht hat. Ein äußerliches Zeichen dafür ist der stark angewachsene Import von Musikinstrumenten, besonders Klavieren.

Neur als früher kommen jetzt Meister der Musik hierher, so Konzertleiter in den letzten 12 Monaten u. a., Godowsky und Gimballi in Tokio und anderen Städten Japans. Als ganz besonderes Ereignis in der musikalischen Welt des Landes wurde aber die Konzertreise Willi Burmeisters mit Billy Vardas als Begleiter empfunden, die nach einer langen Reise auf dem neuen Lloyd-Dampfer „Weser“ im Februar zusammen mit Frau Burmeister hier eintrafen. Ein Unfall, der den Künstler leider auf dem Schiff getroffen hatte, verzögerte zunächst den Beginn der mit Spannung erwarteten Konzerte. Als Gast des deutschen Botschafters Dr. Solff pflogte er sich zunächst in Tokio, wobei ihm die ersten japanischen Ärzte ihre Hilfe als Gast des Landes angedeihen ließen. Die Einleitung zu seinem öffentlichen Auftreten bildeten zwei Veranstaltungen im großen Saale der deutschen Botschaft: zunächst vor einer kleineren Schaar geladener Gäste aus dem japanischen Kreise, der deutschen Kolonie und dem diplomati-

Kurze Nachrichten aus Baden

*** Nr. 53 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes** hat folgenden Inhalt: Abänderungsgesetz zum Fürstengesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

DZ. Mannheim, 31. Aug. Nachdem gestern der Stadtrat den Gastwirten einige Zugeständnisse gemacht hat, ohne allerdings von den Hauptforderungen abzugeben, ist der Streit des Biergewerbes seit heute früh allgemein beendet. Mit dem heutigen Tage, der Beendigung des Gastwirtstreits, treten wieder neue Bierpreise in Kraft. Es kosten 0,3 Liter Lagerbier 114 000 M. (bisher 83 000 M.), 0,3 Liter Spezialbier 141 000 M. (bisher 98 000 M.). Eine ganze Flasche Lagerbier kostet 237 000 M. und eine ganze Flasche Spezialbier 295 000 M. Die Getränkesteuer ist in den Preisen mit inbegriffen.

Heidelberg, 31. Aug. Die Hauptarbeiten für die Durchführung der Schürmmanalisation im ganzen Heidelberger Stadtgebiet, für die durch den Bürgerausschuß am 4. Mai eine Milliarde Mark bewilligt wurden, gehen jetzt langsam ihrem Ende entgegen. In vier oder fünf Wochen, also etwa Anfang Oktober, soll die Kanalisation und die mit ihr in Verbindung stehende Kläranlage bei Wieblingen in Betrieb genommen werden. Es sind während des Frühjahrs und Sommers im Durchschnitt stets über 450 Mann dabei beschäftigt gewesen. Allerdings ist es in unserer Zeit der Geldentwertung selbstverständlich, daß die Milliarde, die im Frühjahr bewilligt wurde, bei weitem nicht gereicht hat. Die Arbeiten begannen an der Kirchstraße im Bergheimer Stadtviertel. Der große Haupt-Sammelkanal zieht sich von dort aus am Redarvorland hin, wodurch die Arbeit wesentlich erleichtert war, geht dann zur Landstraße hinüber, im Zuge der Hauptstraße durch Wieblingen und dann noch etwa 400 Meter darüber in nördlicher Richtung hinaus bis zur Kläranlage. Die Gesamtlänge dieses Haupt-Sammelkanals beträgt rund vier Kilometer. Im Stadtteil Wieblingen mußte er begünstigt gebaut werden und zwar neun Meter unter der Erdoberfläche. Die Kläranlage bei Wieblingen ist jetzt ebenfalls schon unter Dach und der erste Apparat für die Reinigung der Abwässer wird dort voraussichtlich in den nächsten Tagen aufgestellt werden.

DZ. Lahr, 31. Aug. Der „Anzeiger für Stadt und Land“ in Lahr wird vom 1. September ab, gleich der „Oberländer Tagespost“ in Zell i. M., im Verlage der „Freiburger Tagespost“ gedruckt werden, da sich der Verlag des Lahrer Anzeigers nicht in der Lage sieht, die gegenwärtig auf den Zeitungen ruhenden sehr hohen Löhnen beim Druck des Blattes in eigenen Hause auszuführen.

DZ. Freiburg i. Br., 31. Aug. Vom 1. September ab wird der Markt verkehrsweise getrennt werden, daß künstlich ein Groß- und ein Kleinhandelsmarkt stattfindet. Der Großhandelsmarkt soll auf dem Marktplatz, der Kleinhandelsmarkt wie selber auf dem Münsterplatz abgehalten werden. Auf dem Großmarkt darf nur in größeren Mengen und in ganzen Gebinden (Mörben, Säden, Häusern uhr.) ein- und verkauft werden. Der Einkauf auf dem Großmarkt ist sowohl Gänzlern wie Kleinveräußern gestattet. Auf dem Kleinhandelsmarkt ist den Händlern der Einkauf von Waren strengstens untersagt. Die Marktzeit ist die übliche wie auf dem Kleinhandelsmarkt.

DZ. Freiburg i. Br., 31. Aug. Infolge der schwierigen Verhältnisse sehen sich die hiesigen Zeitungen gezwungen, vom 1. September an den Bezugspreis wöchentlich festzusetzen und einzusetzen. Der Wochenpreis wird regelmäßig am Freitag bekanntgegeben werden und die Annahme der Zeitung am Samstag verpflichtet auch zur Zahlung für die kommende Woche.

DZ. St. Blasien, 31. Aug. Ein hier zur Kur reisender neutraler Schweizer Bürger hat erneut durch die Reichskanäle 100 Millionen Mark für die Rhein- und Ruhrspende überwiesen. Als Protest gegen Frankreichs machiavelistische Politik harter Härte und Weltberachtung durch die unglücklicher Weise auch von der Rheinlandskommission gebilligte Verkehrsperre bis zum 16. September und appelliert an die politischen und religiösen Machthaber der Welt, sowie an die gesamten neutralen Völker der Erde mit den klassischen Worten des alten Rom: *Vidant consule, ne quid republica mandis detrimenti capiat!*

DZ. Badenweiler, 30. Aug. Vom 1. September ab wird der Postkutschwagenkurs Badenweiler-Schnau-St. Blasien eingestellt. Die letzte Fahrt nach St. Blasien wird am 1. September morgens 8 Uhr unternommen.

DZ. Lirrach, 30. Aug. Der aus der hiesigen Stadt gebürtige brasilianische Konsul Karl Renau, dem seine Vaterstadt schon manche wohlthätige Stiftung verdankt, hat der St. Blasien-Schreiberschen Waisenanstalt in Lirrach und den herrschaftlichen Bezirkskrankenhaus auf dem Schaffers erneut eine Spende zugewendet und zwar in Höhe von 800 Millionen Mark. Eine gleiche Summe hat Konsul Renau den herrschaftlichen Bezirkskrankenhaus auch für Weihnachten d. J. überwiesen.

sehen Korps, dann aber ein großes Konzert in der Votivkirche, zu dem außer den Spitzen der japanischen Gesellschaft mehrere Kaiserliche Prinzen erschienen. Der „Japan Advertiser“, die größte fremdsprachliche Zeitung in Japan, bezeichnete dieses Musikfest, das einen glänzenden Verlauf nahm, als den Höhepunkt der diesjährigen Gesellschafts-saison und brachte eine begeisterte Würdigung der einzig dastehenden Künstlerfamilie Burmeisters und der vollendeten Begleitung Vardas', der auch einige Klavierstücke spielte. Darauf folgten im April mehrere Konzerte in Tokio, die einen Sturm der Begeisterung unter den Zuhörern auslösten, sowie eine Rundreise durch Wexjapan: Kobe, Osaka, Kyoto und später Yokohama, wo Burmeister überall neue Vorbeeren erntete.

Der Beifall ist dem Künstler, der durch seinen Anfall erhebliche körperliche Beschwerden in Kauf nehmen mußte, zu gönnen, die Aufnahme, die er hier draußen gefunden hat, mag ihm ein Pfaster auf diese Wunde gewesen sein. Den tiefen Eindruck aber, den die Kunst der beiden hervorragenden Vertreter deutschen Musiklebens hier gemacht hat, kann man an den Dankesbeweisen erkennen, die Burmeister in Form zweier prachtvoller Vasen seitens der Prinzen erhielt, ferner daraus, daß Herr Vardas die freigewordene Professur an der Musikhochschule angeboten wurde, die er auch annahm.

Die Wirkung, die solche Künstlerbesuche hier ausüben, darf man nicht unterschätzen. Gerade weil wir Deutsche Japan politisch vorerst nichts zu bieten haben, ist die kulturelle Verbindung durch Wissenschaft und Kunst ein noch wichtigeres Bindeglied zwischen beiden Ländern als früher. Die Hochachtung, die die Japaner durchweg durch den deutschen geistigen Ertragenschaften haben, wird durch solche Besuche gepflegt und gefördert. Dem hat der Bürgermeister von Yokohama, Erzengel Watanaba, auch in einem Dankschreiben an Professor Burmeister für sein Auftreten unter den Auspizien der „Vereinigen Musikgesellschaft in Yokohama“ bezeugt und herzlichen Ausdruck gegeben.

Wie man hört, wird Burmeister im Herbst des Jahres eine Konzertreise durch die Vereinigten Staaten antreten, zu der ihn ein bekannter amerikanischer Impresario, der ihn einmal hier gehört hat, unter günstigen Bedingungen verpflichtete.

Aus der Landeshauptstadt

Die Hans Adolf Bühler-Ausstellung im großen Saal des Badischen Kunstvereins in der Waldstraße gibt zurzeit ein anschauliches Bild von der umfassenden Tätigkeit und dem großen Können dieses bekannten Künstlers unserer badischen Heimat. Sie enthält neben verschiedenen zum Teil groß angelegten eigenen Kompositionen des Meisters meist landschaftliche Motive aus der Heimat des Künstlers am Oberrhein. Besonders wirkungsvoll sind die Porträts verschiedener Persönlichkeiten unserer Stadt sowie ein Selbstporträt des Künstlers auf Gold. Weiter finden sich einige Blumenstillleben, wahre Kleinode liebevoller Kleinmalerei. Bühlers Name ist heute in Baden so bekannt, und die Zahl seiner Freunde so groß, daß es sich erübrigt, die Öffentlichkeit hier weiter auf ihn aufmerksam zu machen. Aber wenn auch bisher der Name fremd geblieben ist, wird beim Betrachten seiner Werke wohl sehr bald zur Erkenntnis kommen, daß er hier einen tief empfundenen und dankenden Menschen vor sich hat, dem sein künstlerisches Schaffen heiligste Pflicht bedeutet. Welche Auffassung Bühler von der Kunst hat, dürfte wohl weiteren Kreisen aus einem Briefe an R. Wingenroth bekannt sein, der ein offenes Bekenntnis des Künstlers zur Kunst enthält, und der im Elberfeld-Blatt vom 19. September veröffentlicht ist. — In den übrigen Räumen des Vereins sind neben verschiedenen Gemälden einheimische Künstler zahlreiche Münchener Radierungen zu sehen, die Beachtung verdienen. Dem Verein gebührt für das Gebotene aufrichtige Anerkennung, die in einem regen Besuch zum Ausdruck kommen möge.

A. K.

Bad. Landestheater. Das Landestheater beginnt die neue Spielzeit am Samstag, den 8. September, mit einer Reueinstudierung von Goethes „Götter der Verdingungen“, dessen erste vollständige Fassung nach der schon 1771 erschienenen „Stizza“ (dem sog. „Arnds“) vor gerade 150 Jahren (1773) veröffentlicht wurde. — Nach der Wiederaufnahme von Shakespeares „Hamlet“ am Montag, den 10. September, ferner des Strindberg-Abends („Wetterleuchten“ und „Die erste Warnung“) am Samstag, den 15. September, sowie der satirischen Komödie „Bürger Schappel“ von Carl Sternheim am Montag, den 17. September, wird am Samstag, den 22. September, als erste Uraufführung der neuen Spielzeit im Rahmen der Festwoche des Landestheaters das Schauspiel „Die Reise gegen Gott“ von Wolf Landner in Szene gehen. Als nächste Reueinstudierung für den weiteren Ausbau des klassischen Spielplans befindet sich Friedrich Hebbels Drama „Ceres und Neriane“ in Vorbereitung und wird, ebenfalls noch innerhalb der „Festwoche“, am Samstag, den 29. September, zum erstenmal aufgeführt werden.

Die Reihe der sonntäglichen Konserthaus-Aufführungen wird am 9. September mit einer Reueinstudierung des Lustspiels „Die verlorene Tochter“ von Ludwig Fulda eröffnet, eines der erfolgreichsten Stücke seiner Gattung.

Die Oper wird eröffnet am Sonntag, den 9. September, mit der vollständig neu inszenierten zeitlichen romantischen Oper „Eurbanthe“ von Carl Maria von Weber, die vor gerade 100 Jahren am 25. Oktober 1823 in Wien ihre erste Aufführung erlebte und hier seit dem Jahre 1914 nicht mehr gegeben worden ist. Es folgen zunächst Wiederholungen von Verdis „Aida“ (11. September), sowie von Lorchs seit längerer Zeit nicht mehr erschienene „Jah und Zimmermann“ (12. September), Wagner „Meistersinger“ (16. September). In der Festwoche des Badischen Landestheaters während der Karlsruher Herbstwoche soll alsdann ein Julius „Deutsche Romantik“ zur Darstellung gelangen, der die Entwicklung der romantischen Oper an einigen ihrer markantesten Beispiele aufweist und zwar am Sonntag, den 23. September, neuinszeniert Heinrich Marschner „Der Tempel und die Rubin“ in einer völligen Neubearbeitung von August Carlacher und Fritz Cortolgis, am 28. September Webers „Eurbanthe“, am 28. September Wagner „Der fliegende Holländer“, am 30. September Wagner „Lohengrin“ und am 2. Oktober Hans Pfitzners „Der arme Heinrich“. In der Festhalle findet am Montag, den 24. September, die hiesige Erstaufführung von Hans Pfitzners romantischer Kantate „von deutscher Seele“ für vier Solostimmen, gemischten Chor und großes Orchester statt.

Städtisches Konserthaus. Heute (Samstag) abend gelangt die Operette „Verliebte Leute“ zur Aufführung. Morgen Sonntag sind die zwei letzten Vorstellungen der diesjährigen Spielzeit. Nachmittags 3½ und abends 7½ Uhr kommt die Operette „Verliebte Leute“ zur Wiedergabe. Dabei wird sich zugleich das Personal vom hiesigen Publikum verabschieden.

Beschlagnahme von Postpaketen nach den besetzten Gebieten. In letzter Zeit sind mehrfach Pakete aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten von den Besatzungsmächten beschlagnahmt worden, weil die Sendungen Waren enthielten, für die die Besatzungsmächte Zoll verlangen und deren Beförderung die Post daher nicht übernimmt. Durch falsche Inhaltsangaben wurden die Postanstalten über den wirklichen Inhalt der Sendungen getäuscht. Derartige Machenschaften führen zur Verschärfung der Zollmaßnahmen und womöglich zur Unterbindung des gesamten Postverkehrs mit den besetzten Gebieten. Die Paketversender werden daher im eigenen Interesse vor solchen Mißgriffen gewarnt.

*** Strafbarkeit der Weisheit bei Steuerhinterziehungen.** Das Reichsgericht sucht Steuerhinterziehungen energisch zu bekämpfen. In einer neuen grundsätzlichen Entscheidung wurde ausgesprochen, daß die Weisheit zu einer Steuerhinterziehung auch schon dann strafbar ist, wenn sie nicht des eigenen Vorteils halber erfolgt. Ein Angellagerter hatte bei einem Grundstückskauf, bei dem er als Makler tätig war, die Verkaufsbedingungen so festgesetzt, daß sie einen niedrigeren Preis enthielten, als er in Wirklichkeit bezahlt worden ist. Auf diese Weise sollte ein Teil der Grunderwerbsteuer erspart werden. Er wurde wegen Weisheit zur Steuerhinterziehung verurteilt. Eine beim Reichsgericht eingelegte Revision blieb erfolglos und wurde verworfen.

Erhöhung der Preise für Matkewort. Nachdem die Reichsgetreidestelle die Weizenpreise auf das nahezu 30 fache des bisherigen Betrages erhöht hat und die sonstigen Betriebskosten gleichfalls gestiegen sind, treten ab 3. September d. J. folgende neue Preise in Kraft: 1500 Gramm Brot 320 000 M., 750 Gramm Brot 160 000 M.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen am 1. September vordreslich Tendenz: fest.

	1. September	Kont. Kurs vom 31. Aug.	Stich
Amsterdam	4 240 000	4 049 850	4 070 150 -10
Kopenhagen	2 000 000	1 915 200	1 924 800 -10
London	445 000	442 800	445 110 -10
Nizza	49 000 000	46 882 500	47 117 500 -10
Newyork	10 750 000	10 274 250	10 325 750 -10
Paris	605 000	582 540	585 480 -10
Schweiz	1 945 000	1 885 325	1 874 575 -10
Prag	317 000	306 225	308 765 -10

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 Absatz 2 der Verordnung vom 18. August 1924 über die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker wurde...

Karlsruhe, den 25. August 1923. Der Minister des Innern. J. U. Dr. A. Jung.

Bekanntmachung.

Das Gebäudeversicherungsamt. Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes...

Karlsruhe, den 31. August 1923. Der Minister des Innern. J. U. Dr. A. Jung.

Bekanntmachung.

Aufbringung der Mittel für die Landeskohlenstelle. Biffer I der Bekanntmachung vom 6. September 1920...

Karlsruhe, den 31. August 1923. Der Minister des Innern. J. U. Dr. A. Jung.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Notarminister Alfons Fieger in Heidelberg, Emil Fischer, Michael Stroh, Karl Beyer, Anton Weßbecker in Mannheim...

Die Großhandelspreise. Unter dem Einfluß der Kohlenpreiserhöhungen hat sich das Niveau der Großhandelspreise...

Neue Kohlenpreiserhöhungen. Die am Donnerstag in Berlin stattgefundenen Verhandlungen im Kohlenbergbau...

Die Lage im Papiergewerbe im Juli. In den einzelnen Zweigen der papierverarbeitenden Industrie hat sich im Monat Juli gegenüber dem Vormonat ein erheblicher Geschäftsrückgang...

„AGW“ Handels-A.G. Unter diesem Namen wurde am 29. August in Mosbach (Baden) eine Aktiengesellschaft gegründet...

Literarische Neuerscheinungen.

Konrad Haenisch: Rastalle, Mensch und Politiker. (Franz Schneider, Verlag, Berlin.) In der Reihe der politischen Porträts...

Die mit Illustrationen von A. Oberländer geschmückte Ausgabe von Karl Gottfried Adlers „Näpflin Pfalz, Watt erhalt!“...

Kurt Münzer: Silber Berg. Roman. (Herz-Verlag A.-G. Wien.) Eine anziehende und eigenartige Erzählung...

Felix Salten: Der Hund von Florenz. Roman. (Herz-Verlag A.-G. Wien.) Ein neues Werk von Felix Salten, das seine Kunst auf bedeutsamer Höhe zeigt...

Thomas von Kempen, Das Buch von der Nachfolge Christi. Überf. von Bischof J. R. Sailer, neu herausgegeben von Fr. J. Keller...

Das Staatsschuldenproblem. Ausgewählte Lesezüge zum Studium der politischen Ökonomie, herausgegeben und eingeleitet von Karl Diehl und Paul Romberg...

Die Entwertung der Mark hat bei uns zu einer gewaltigen Schuldenentlastung bei Privaten und bei öffentlichen Körperschaften geführt...

Für diesen Zweck ist das vorliegende Bändchen überaus geeignet. Wir lernen in ihm zunächst kennen, wie sich der öffentliche Kredit entwickelt und welche Formen er in früheren Zeiten gehabt hat...

Der kritische Realismus. Von Dr. August Meffer, ord. Prof. der Philosophie und Pädagogik zu Gießen...

Das Buch will dartun, daß der kritische Realismus diejenige erkenntnistheoretische Richtung ist, die dem Wahrheitsgehalt des naiven Realismus wie den Voraussetzungen der Erfahrungswissenschaften am besten gerecht wird...

Das Buch wird Gebildeten aller Stände eine gute Einführung in den Sinn des Erkennens in Leben und Wissenschaft sein.

Karlsruhe, den 30. August 1923. Die bekannte Geschäftsüberlastung der Banken veranlaßt uns, erneut darauf hinzuweisen, dass wir eine Haftung in allen Fällen einer Verzögerung oder Fehlleitung von Überweisungen, Gutschriften, Zahlungen, Zurverfügungstellungen usw. nicht mehr übernehmen können.

Abonnement des Landes-theaters für das I. Sechstel (1.-4. Vorstellung) Grundpreis (mittlerer Vorkriegspreis) I. eine Vorstellung I. Rang-Loge, Balkon u. Sperrsitze...

Städtisches Konzerthaus Leitung: B. 741 Direktor Adalbert Steffter. Heute Samstag, abds. 7 1/2 Uhr Verliebte Leute

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Euhl (Här.)

Erinnerungen von J. R. H. Großherzogin Luise von Baden † St. Moritz - Mainau - Sölliden Baden-Baden Inhaltsverzeichnis: Sinnendes Wandern, wanderns Sinnem. - Blumen auf den Alpen. - Bescheidenheit. - Über die Bäume. - Wo sind die starken Wurzeln deiner Kraft. - Wunden. - Volk. - Mächtige Gewitter. - Die Freude. - Verantwortung. - Warum die Silberpappel sich selbstwärts bog. - Was die Mainaubäume denken. - Von den südlichen Bäumen. - Abschied.